

Gemeindevertreter

in der Gemeinde Am Mellensee

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
der Gemeinde Am Mellensee
Maik Tscherwinka
Zossener Straße 21 c
15838 Am Mellensee

Am Mellensee 2022-01-17

Textliche Änderung Beschlussvorlage

Kostenermittlung ~~Klageverfahren~~

Überprüfungsverfahren am Verwaltungsgericht

zur Wertgrenzenermittlung bei der Vergabe der Grünflächenpflege auf den Friedhöfen 2021 als Geschäft der laufenden Verwaltung

Sehr geehrter Herr Tscherwinka,

anbei noch ein Vorschlag zur textlichen Änderung zum Antrag/BSV Kostenermittlung, da hier bereits im Vorfeld die Frage aufkam, wer soll hier eventuell verklagt werden. Es geht jedoch nicht darum jemanden zu verklagen, sondern die Interpretation der Verwaltung zu überprüfen. Deshalb möchten wir das Wort ~~Klageverfahren~~ an dieser Stelle inkl. einem Zusatz ändern:

gemäß der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und unseren Satzungen/Geschäftsordnung beantragen die Unterzeichnenden Gemeindevertreter der Gemeinde Am Mellensee folgende Beschlussvorlage am 18.1.2022 mit auf die Tagesordnung der GV zu nehmen.

Beschlussvorlage:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Verwaltung ermittelt die Kosten für ein **Überprüfungsverfahren** ~~Klageverfahren~~ beim zuständigen Verwaltungsgericht zur Vergabe der Grünflächenpflege der Friedhöfe im Jahr 2021. **Die Frage, die zu klären ist, ist ob die Vergabe 2021 als Geschäft der laufenden Verwaltung richtig interpretiert wurde und ohne Beteiligung des Hauptausschusses bzw. Gemeindevertretung rechtens war.**

Die Kostenermittlung sollte **inkl.** Abfrage der derzeitigen Verfahrenslaufzeiten für:

- a) Normales Verfahren
- b) Eilverfahren

abgefragt bzw. ermittelt werden.

Das Ergebnis ist der Gemeindevertretung in der Februarsitzung inkl. aller eingegangenen Unterlagen dazu vorzulegen, um danach das weitere Vorgehen zu erörtern.

Wir bitten um namentliche Abstimmung.

Begründung für Beschlussvorlage:

NEU)

Nach unserer Auffassung ist die Vergabe für diese Dienstleistung als laufenden Geschäft in unserer Gemeinde nicht möglich, auch wenn wir es bisher versäumt haben Wertgrenzen in unseren Satzungen festzulegen. Das Fehlen der Wertgrenzen stellt keinen „Freibrief“ für die Vergaben dar. Die untere, wie auch die obere Kommunalaufsicht kann zu den Wertgrenzen keine Angaben machen, haben jedoch darauf verwiesen dass der Hauptverwaltungsbeamte diese einzelfallbezogen anhand der einschlägigen Rechtsprechung auszulegen hat. Dies erfolgte im Vorfeld nicht und auf mehrfache Nachfrage nicht nach der Vergabe. Einzig das Verwaltungsgericht kann nun im Nachgang feststellen, ob es sich bei der Vergabe um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelte. Um diese Überprüfung zu beschließen, sollte die Kostennote dazu im Vorfeld bekannt sein. Deshalb bitten wir hier um breite Zustimmung zu diesem Beschluss.

Gemeindevertreter

in der Gemeinde Am Mellensee

Die Vergabe der Grünflächenpflege der Friedhöfe der Gemeinde Am Mellensee für die Jahre 2022/2023 erfolgte im Herbst 2021 trotz eines bestehenden Vertrages mit einem Dienstleister als Geschäft der laufenden Verwaltung mit einem Wert über 99K€. Dem bisherigen Vertragspartner wurde erst nach der Vergabe kurzfristig innerhalb von 14 Tagen zum Jahresende gekündigt. Alle bisherigen Vergaben zu dieser Dienstleistung (2017 und 2019) wurden durch den Hauptausschuss beschlossen und waren immer „Problembelastet“. Im Jahr 2019 wurden die Gemeindevertreter durch abgeänderte Vertragsbedingungen, die nicht den Ausschreibungsunterlagen entsprachen, getäuscht. Eine Klausel über eine Verlängerung um ein Jahr bei Ausbleibender Kündigung war Bestandteil der Ausschreibung. Zur Beschlussvorlage wurde dieser Passus jedoch einfach gestrichen die Gemeindevertreter über diese nachträgliche Änderung zu informieren.

Unser Hauptverwaltungsbeamter ließ die Fragen zu derartigen Wertgrenzen bis heute leider unbeantwortet. Die Kommunalaufsicht verwies hier auf die Pflicht des Hauptverwaltungsbeamten.

Im Kommentar zur BbgKVerf steht dazu unter §54

*„7.3 Maßgeblich für die Definition des Geschäfts der laufenden Verwaltung ist auch die Größe der jeweiligen Gemeinde (vgl. Th. Schmidt a. a. O., Rz 194 m. w. N.). Was in einer Großstadt mit 140 000 Einwohnern ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist, wird in einem Dorf mit 500 Einwohnern nicht mehr hierunter fallen. In der kommunalen Praxis kann die Gemeindevertretung in der Hauptsatzung oder durch allgemeine Grundsätze nach § 28 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf Regeln aufstellen, was als Geschäft der laufenden Verwaltung anzusehen ist. Das geschieht in der Regel durch die Festlegung von Wertgrenzen. Diese Festlegungen können aber nicht aus einem Geschäft, das den Rahmen der laufenden Verwaltung verlässt, verbindlich ein Geschäft der laufenden Verwaltung machen. **Ob der Begriff des Geschäfts der laufenden Verwaltung richtig interpretiert wird, kann von dem Verwaltungsgericht voll überprüft werden.** Die Vertretung besitzt keine Kompetenz, die Wertgrenzen für das Vorliegen eines Geschäftes der laufenden Verwaltung verbindlich festzulegen. Entsprechende Regelungen in den Hauptsatzungen der Gemeinden sind lediglich Interpretationen, die eine Entscheidung der Verwaltungsgerichte nicht beeinflussen können (vgl. insoweit auch VG Cottbus, Urt. vom 30.11.2009 ... 4 K 428/ 05 ..., unter Hinweis auf die Voraufgabe dieses Kommentars).“*



Antje Schuster



Tobias Janke



Dirk Pehnert